

EVA GERTZ

## KALTE ZEITEN IN BERLIN

WARUM DIE AUSEINANDERSETZUNG MIT OBDACHLOSIGKEIT EIN TEIL DER DEBATTE UM DIE WOHNUNGSKRISE SEIN MUSS

Wie groß das Problem mit mangelndem Wohnraum und Obdachlosigkeit in Berlin ist, wird sich in der «Nacht der Solidarität» in Zahlen zeigen. Steigende Mieten, strukturelle Wohnungsprobleme und Zwangsräumungen stehen in einem direkten Zusammenhang mit den Menschen, die auf Berlins Straßen leben. Obdach- und Wohnungslosigkeit sind dabei unterschiedliche Phänomene, deren Behandlung in der öffentlichen Debatte und im gesellschaftlichen Leben jedoch ähnlich ist: Man schaut in der Regel weg. Doch die Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales will nun gemeinsam mit vielen Freiwilligen bewusst hinschauen, genauer gesagt zählen. Dies kann ein bedeutsamer Schritt für eine angemessenere Wohnungslosenhilfe und -politik sein, darf aber nicht getrennt werden von den Diskursen um Wohnungskrise sowie Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik in Berlin.

Obwohl Berlin ein offensichtliches Problem mit explodierenden Mieten und Wohnraummangel hat, fehlen bislang belastbare Daten über das Ausmaß der Obdach- und Wohnungslosigkeit in der Stadt. Das macht die davon Betroffenen in gewisser Weise unsichtbar. Doch Berlin ist auch solidarisch. Über 3.700 Freiwillige haben sich gemeldet, um in der «Nacht der Solidarität» am 29. Januar 2020 mitzuhelfen, Berlins Obdachlose, die im öffentlichen Raum übernachteten, zu zählen. Staat und Zivilgesellschaft gehen hier Hand in Hand, um einen Anfang zu setzen für eine besser Obdach- und Wohnungslosenhilfe. Initiiert wurde diese «Deutschlandpremiere» von Elke Breitenbach (DIE LINKE), Berlins Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, und Susanne Gerull, Professorin für Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit an der Alice Salomon Hochschule in Berlin. Hiermit wird Aufmerksamkeit auf ein zuvor wenig in der Öffentlichkeit besprochenes Thema gelenkt und weitergehende Fragen tauchen auf: Warum gibt es Wohnungs- und Obdachlosigkeit? Warum gibt es hierzu keine Statistiken?

### WOHNUNGSKRISE?

In Deutschland, aber auch in vielen anderen europäischen Ländern ist in den letzten Jahren eine stark steigende Mietbelastung armer Haushalte zu beobachten. Hatte es im Zeitraum Mitte der 1990er Jahre bis etwa 2009 einen Rückgang bei der Wohnungslosigkeit gegeben, geht der Trend seit nunmehr zehn Jahren wieder nach oben. Gründe für die Veränderungen auf dem Wohnungsmarkt sind die zunehmende

Dezentralisierung und Wettbewerbsorientierung der Wohnungspolitik. Mit der Privatisierung von preisgebundenem Wohnraum und dem gleichzeitigen Rückzug aus dem öffentlichen Wohnungsbau ging eine Schwächung des staatlichen Einflusses auf den Wohnungsmarkt und des politischen Handlungsspielraums für den Umgang mit Wohnungs- und Obdachlosigkeit einher. Diese seit Jahrzehnten betriebene Deregulierung des Wohnungsmarkts und die standortpolitische Ausrichtung der lokalen Wohnungsmarktpolitik bedienen die Bedürfnisse und Interessen von einkommensstärkeren Haushalten.<sup>1</sup> Obwohl Deutschland im europäischen Vergleich immer noch einen guten Mieterschutz hat, sind die negativen Konsequenzen der letzten Jahre unübersehbar.

Begleitet durch zunehmende Mieterproteste entwickelte sich die sogenannte Wohnungskrise. Von einer Wohnungskrise wird gesprochen, wenn neben den in Armut lebenden urbanen Bevölkerungsgruppen auch die Mittelschichten von Wohnungsmangel betroffen sind, so wie es nun in immer mehr Städten der Fall ist. Allerdings sprach schon Friedrich Engels, der 2020 ganze 200 Jahre alt geworden wäre, in Bezug auf die Wohnraumversorgung im Kapitalismus von einem permanenten Zustand der Krise. So sind es nicht akute Wohnungsprobleme allein, sondern bestimmte öffentliche Diskurse und politische Konstellationen, die zu Protesten führen und das Narrativ von der Wohnungskrise als einem Ausnahmezustand entstehen lassen.<sup>2</sup> So wird der Aufschrei nicht nur deswegen immer lauter, weil immer mehr Menschen den Druck von steigenden Mieten



und fehlendem Wohnraum spüren, sondern weil Angehörige der Mittelschicht mit ihren Forderungen und Belangen von den Medien und der Politik ernster genommen werden. Existenzbedrohend sind die Zustände jedoch vor allem für arme Haushalte, Frauen, Alte und Familien.<sup>3</sup> Aufgrund der rasanten Mietsteigerungen, fehlender Sozialwohnungen und Plätze in Schutzunterkünften geraten sie immer häufiger in akute Notlagen. Wer heute in Berlin seine Wohnung verliert, hat kaum eine Chance, eine neue zu finden. Mietschulden sind neben der Entlassung aus Institutionen (Jugendhilfe, Haft, Klinik etc.) und familiären Trennungen der Hauptgrund für Obdach- und Wohnungslosigkeit.<sup>4</sup>

### **OBdach- UND WOHNUNGSLOSIGKEIT**

Politische Entscheidungen haben zu einer Verschärfung der Lage und zur Explosion der Mietpreise geführt. Obdach- und Wohnungslosigkeit existierten aber bereits vor der hier kurz skizzierten Phase einer neoliberalen Wohnungspolitik.

Eine offizielle Definition von Wohnungslosigkeit gibt es in Deutschland nicht. Weitestgehend anerkannt und gängig ist es aber, bei Wohnungslosen von Personen zu sprechen, die über keine mietvertraglich abgesicherte Wohnung oder kein selbstgenutztes Wohneigentum verfügen.<sup>5</sup> Sie kommen in staatlichen Einrichtungen wie Übergangs- und Langzeitwohnheimen oder Frauenhäusern unter oder quartieren sich vorübergehend bei Freund\*innen und Bekannten ein. Wohnungslosigkeit ist oft unsichtbar, da sie meist geheim gehalten wird, weil die drohenden Konsequenzen der Verlust des Arbeitsplatzes und des gesellschaftlichen Ansehens sind. Dies trägt aber auch dazu bei, dass in der sowieso schon zu wenig geführten Auseinandersetzung über die Defizite bei der Wohnraumversorgung die Interessen von Wohnungslosen oft unter den Tisch fallen.

Bei Menschen ohne festen Wohnsitz, die im Freien oder in Notunterkünften übernachten, wird von Obdachlosigkeit gesprochen. Sie sind im öffentlichen Raum sichtbarer, da sie diesen als Wohnstätte nutzen müssen. FEANSTA, eine europäische Dachorganisation von Nichtregierungsorganisationen, die mit Wohnungslosen zusammenarbeiten, hat 2005 eine Europäische Typologie für Obdachlosigkeit, Wohnungslosigkeit und prekäre Wohnversorgung (ETHOS) vorgelegt.<sup>6</sup> Darin wird Obdachlosigkeit als ein Teil von Wohnungslosigkeit definiert. Im Englischen werden die Begriffe *roofless* (ohne Dach) und *houseless* (ohne Haus) verwendet. Die aus 13 Kategorien bestehende Typologie wurde im Rahmen einer EU-finanzierten Studie über die Messung von Wohnungslosigkeit<sup>7</sup> auf sechs Kategorien reduziert, um statistische Erhebungen zu erleichtern und um Zensuskriterien zu entsprechen. Bei «ETHOS light» wird differenziert zwischen Menschen, die im Freien und auf öffentlich zugänglichen Plätzen übernachten (1), die in Notunterkünften schlafen (2), die in Einrichtungen für Wohnungslose leben (3), die länger als notwendig in Justizanstalten und Krankenhäusern bleiben (4), die wegen des Fehlens einer Wohnung in unkonventionellen Behausungen leben (5), und solchen, die bei Freunden und Bekannten unterkommen (6).

In der Öffentlichkeit besteht ein stereotypes Bild von Obdach- und Wohnungslosen. Meist führt man ihre Probleme auf psychische Erkrankungen oder eine Suchtmittel- und Alkoholabhängigkeit, also auf individuelles Versagen, oder auf falsche Lebensentscheidungen zurück.<sup>8</sup> Und dies, obwohl bekannt ist, dass Mietschulden der Hauptgrund für Wohnungs- und Obdachlosigkeit sind. Zudem geht aus Statis-

tiken hervor, dass die meisten Menschen mit psychischen Erkrankungen und Abhängigkeiten in «normalen» Wohnverhältnissen leben. Trotzdem orientieren sich Hilfsangebote in der Regel an diesen individualisierten Schuldzuschreibungen. Einzelfallhilfe und Sozialarbeit sind dementsprechend die primären Lösungsstrategien. Dies hat Auswirkungen auf die Art und Weise, wie Hilfseinrichtungen ihre Angebote gestalten und welche Bedingungen sie für die Nutzung stellen.

Aktuell gibt es in Deutschland ein mehrstufiges, vor allem aus staatlichen Mitteln finanziertes Hilfesystem, das darauf abzielt, die Betroffenen stufenweise wieder «wohnfähig» zu machen und in die «normale Gesellschaft» zu integrieren. An diesem Ansatz gibt es viel Kritik, am weitreichendsten ist wohl die, dass er langfristig betrachtet nicht sehr erfolgreich ist und dass die Selbstverantwortung für die Wohnungslosigkeit in den Mittelpunkt gestellt wird. Andere Konzepte wie der aus New York City stammende Housing-first-Ansatz, bei dem Betroffenen zuerst eine Wohnung bereitgestellt und dies nicht mit disziplinierenden Forderungen verknüpft wird, befinden sich in Berlin gerade in einer Testphase.<sup>9</sup> Deutlich ist aber: Aktuell fehlt bei der Fokussierung auf die Sozialarbeit in der Wohnungslosenhilfe der Zusammenhang zur Wohnungspolitik.

### **VERLÄSSLICHE ZAHLEN GIBT ES NICHT**

In Deutschland wird penibel über alles Mögliche Buch geführt, etwa über die Zahl der Hauskatzen, die durchschnittliche Entfernung zum nächsten Supermarkt oder die Anzahl von Flachbildfernsehern pro Haushalt. Bei der Suche nach aktuellen und vergleichbaren Zahlen zu Obdach- und Wohnungslosigkeit wird man leider enttäuscht. Verlässliche Zahlen gibt es nicht, denn Bundesstatistiken werden nur erstellt, wenn dies der Bundestag beauftragt, was bis dato nicht geschehen ist. Seit Ende 2019 wird jedoch ein erster Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Wohnungslosenberichterstattung debattiert. Mit diesem Gesetz würde die Bundesebene einer jahrelangen Forderung sozialpolitischer Verbände nachkommen, die die Aufgabe der Datenerhebung nicht nur bei den Ländern und Kommunen sehen. Aktuell sind die Schätzungen der Bundesgemeinschaft Wohnungshilfe (BAGW), an der die Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Diakonie und andere karitative Träger beteiligt sind, die aussagekräftigsten Daten. Sie gehen davon aus, dass es zwischen 2017 und 2018 (Stichtag 30. Juni 2018) in Deutschland einen Anstieg der Wohnungslosen von 651.000 auf 678.000 gegeben hat. Doch auch bei diesen Zahlen wird eine Unsicherheit von plus/minus zehn Prozent angegeben.<sup>10</sup>

Andere Studien setzen sich mit den Lebensrealitäten von Obdach- und Wohnungslosen auseinander, so etwa der Lebenslagenindex (2018), erstellt vom Evangelischen Bundesfachverband Existenzsicherung und Teilhabe e. V. (EBET) – Fachverband für Wohnungsnotfall und Straffälligenhilfe zusammen mit der Alice Salomon Hochschule in Berlin. Hinzu kommt ein vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Auftrag gegebener Forschungsbericht zu Entstehung, Verlauf und Struktur von Wohnungslosigkeit und Strategien zu ihrer Vermeidung und Behebung, der von der Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung e. V. (GISS) vorgelegt wurde. Diese Untersuchungen geben hilfreiche Informationen für die bedürfnisorientierte Hilfe, liefern aber keine Gesamtzahlen. Es gibt also schon Bestrebungen, zu verlässlichen Statistiken zu kommen. Unterschiedliche Definitionen von Wohnungslosigkeit und abweichende statisti-

sche Methoden machen eine internationale Vergleichbarkeit jedoch unmöglich

Das ist ein größeres Problem, als es auf den ersten Blick erscheint: Ohne Zahlen gibt es keine Trends und damit keine Mechanismen zur Kontrolle von Politik, das heißt davon, wie sich politische Entscheidungen und konkrete Maßnahmen auf die Wohnungs- und Obdachlosigkeit auswirken. Ohne Zahlen gibt es keine Möglichkeit, um auf europäischer oder gar internationaler Ebene zu vergleichen, welche Folgen unterschiedliche Formen von Wohlfahrt für die Anzahl und Situation der von Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen haben. Ohne Zahlen ist es von zivilgesellschaftlicher Seite ungleich schwieriger, Gesetzgebungsprozesse in Gang zu setzen oder Finanzierungsforderungen zu stellen. Ohne Zahlen lässt sich vorhandener Handlungsbedarf leichter ignorieren.

Das Fehlen von Statistiken, insbesondere europaweit vergleichbarer Zahlen, zeigt an, dass nicht nur das Interesse für das Problem Wohnungs- und Obdachlosigkeit gering ist, sondern große Teile der Politik weiterhin an der Strategie des Wegschauens festhalten wollen. Fehlende Zahlen zeugen von einer Priorisierung des freien Wohnungsmarkts gegenüber dem Ziel, Wohnungs- und Obdachlosigkeit zu beseitigen. Während die Bürokratie der Europäischen Union und vor allem Deutschlands eine besondere Raffinesse an den Tag legt, wenn es um die Erstellung von Zahlenwerken zu anderen Themenbereichen geht, bleibt die schwierige Umsetzung das Hauptargument gegen die Einführung von Obdachlosenzensus und -statistiken. Denn diese würde mit sich bringen, dass die permanente Wohnungskrise schwarz auf weiß dokumentiert wird. Das könnte das Wegschauen und Ignorieren in Zukunft erschweren.

### **DIE «NACHT DER SOLIDARITÄT»**

Nun startet in Berlin ein neuer Versuch: die «Nacht der Solidarität». Der Berliner Senat hat sich vorgenommen, nachdem im September 2019 die Leitlinien der Wohnungslosenhilfe und Wohnungslosienpolitik verabschiedet wurden, die Hilfsangebote in der Stadt zu optimieren. Doch wie geht das und was braucht es dafür? Wie kann eine Verbesserung der Situation erreicht werden? In einem ersten Schritt will man nun die massiven Informationsdefizite beseitigen. Ende Januar sollen in einer konzertierten Aktion 500 Teams nachts in die Stadt ausströmen und die Obdachlosen zählen, die sie auf den Straßen und in öffentlichen Räumen antreffen. Damit sollen vor allem die Menschen erfasst werden, die vom bestehenden Hilfesystem nicht erreicht werden. Bisher gibt es für Berlin keine belastbaren Zahlen. Schätzungen gehen von 6.000 bis 10.000 Obdachlosen aus. Es soll auch eine kleine Befragung stattfinden, mit der herausgefunden werden soll, aus welchen Gründen die Menschen auf der Straße leben, welche Angebote ihnen helfen würden und was sie sich wünschen.

Damit folgt Berlin nun dem Beispiel von vielen anderen Metropolen. In Athen, New York, Paris und weiteren Städten wurden bereits Zählungen im Namen der Solidarität durchgeführt, die auch zu politischen Konsequenzen führten. So wurde in Paris die Anzahl der Notunterkunftplätze für Frauen erhöht, da wesentlich mehr Frauen auf der Straße lebten als zuvor angenommen. Eine besondere Aufmerksamkeit soll auf die Herkunftsländer, das Alter und das Geschlecht der Betroffenen gelegt werden. Miteinbezogen in die Berechnung in Berlin werden neben Personen, die während

der Zählung angetroffen werden, auch Menschen, die Notübernachtungen, inklusive Angebote der Kältehilfe, nutzen. Es ist das Ziel, einen möglichst verlässlichen Überblick zum Ausmaß der Obdachlosigkeit in Berlin zu erhalten. Die Erforschung von Wohnungslosigkeit ist nicht Teil des Projekts, da zu in Einrichtungen untergebrachten Menschen bereits Informationen vorliegen (siehe hierzu den Wohnraumbedarfsbericht 2019) und diejenigen, die informelle Wohnarrangements nutzen, statistisch kaum erfassbar sind.

Die Reaktion auf das Projekt ist überwiegend positiv. Bedenken bestehen vor allem bei Fragen des Datenschutzes und der Eignung der mehrheitlich ehrenamtlichen Helfer\*innen. Auf den letzteren Kritikpunkt hat der Senat mit Schulungen der Teamleiter\*innen und mit der Vorgabe klarer Verhaltensregeln reagiert. Einwände gibt es zudem immer, wenn Erhebungen auch Menschen betreffen, die eventuell über keine offizielle Aufenthaltsgenehmigung verfügen. Die Wahrscheinlichkeit hierfür ist bei der großen Gruppe der Obdachlosen in Berlin ziemlich hoch. Tut man solchen Menschen mit einer Erfassung einen Gefallen oder setzt man sie durch die «Sichtbarmachung» nur zusätzlichen Repressionen vonseiten staatlicher Stellen aus? Diese Frage wird sich erst in einem größeren zeitlichen Abstand zur «Nacht der Solidarität» beantworten lassen.

### **STATISTIKEN KÖNNEN NUR EIN ANFANG SEIN**

Doch Zahlen bilden nur den Anfang. Es braucht zu den Ursachen von Obdach- und Wohnungslosigkeit ein Gegenarrativ, das das Versagen des Wohnungsmarkts und der Wohnungspolitik ins Zentrum stellt.<sup>11</sup> Es sollten nicht länger die Betroffenen für eine Situation verantwortlich gemacht werden, die sie in den meisten Fällen nicht selbst verschuldet haben.<sup>12</sup> Auch wenn unter den Defiziten des Wohnungsmarkts nicht alle gleichermaßen leiden, haben aktuelle Entwicklungen dazu geführt, dass diese nun von immer mehr Bevölkerungsgruppen wahrgenommen werden. Damit ist das Thema Wohnungsnot anschlussfähiger geworden. Es gibt also gerade die Möglichkeit für eine breite öffentliche Debatte über die Wohnungskrise, die Obdach- und Wohnungslosigkeit miteinbezieht – denn beides ist das zwangsläufige Ergebnis von Immobilienspekulation.

Es geht darum, die politischen Prioritäten zu verschieben und neue Handlungsspielräume zu nutzen. Wie bei der Ernährung sollte die oberste Forderung auf der Liste lauten: Grundversorgung zuerst. Gewinnmaximierungsinteressen müssen diesem Ziel untergeordnet werden, sowohl in der Betroffenenhilfe als auch in der kommunalen und nationalen Wohnungspolitik. Es gibt ein Menschenrecht auf Wohnen, dessen Umsetzung sollte an erster Stelle stehen. Wohnen ist ein essenzieller Bestandteil des Lebens. Die Wohnung situert die Wohnenden und umgekehrt.<sup>13</sup>

Betrachtet man das Beispiel Berlin, dann hat es gerade auch hier in den letzten zehn Jahren zahlreiche Verfehlungen gegeben. Investitionen flossen vor allem in den Neubau im hochpreisigen Segment des Wohnungsmarkts. Immer wieder war von einem sogenannten Trickle-down-Effekt die Rede, die Vorstellung, wonach es sich lohnt, in den Bau von Wohnungen für einkommensstarke Haushalte zu investieren, weil, wenn diese in neue Wohnungen ziehen, Wohnraum für weniger Vermögende frei wird, also eine Umzugskette in Gang kommt. Die Investitionen, so das Versprechen, würden also von oben nach unten durchsickern. Dass man hier einer Finte aufgefressen ist, belegt unter anderem der

Wohnraumbedarfsbericht 2019. Demnach fehlen in Berlin derzeit 105.000 Wohnungen für Bewohner\*innen, die über weniger als das durchschnittliche Berliner Nettoeinkommen von 2.025 Euro pro Monat verfügen.<sup>14</sup>

Zugleich ist die Zahl der staatlich durchgeführten und steuergeldlich finanzierten Zwangsräumungen in Berlin unverändert hoch. Damit wird das Recht auf Eigentum über das Recht auf Wohnen und ein Dach über dem Kopf gestellt. Es wird staatliches Geld ausgegeben für die Räumung von Wohnungen, deren Bewohner\*innen die Miete nicht zahlen können, anstatt die Mietpreise wirkungsvoll zu regulieren. Es gibt viel zu viele Zwangsräumungen und zu wenige Gesetzesvorhaben und Ansätze, um Zwangsräumungen vorzubeugen. Maßnahmen wie Wohngeld und andere Sozialhilfen sowie die geplante Einführung des Mietendeckels in Berlin sind politische und sozialstaatliche Strategien, um die Preissteigerung zu dämpfen und den Verlust von Wohnraum zu verhindern. Sie gehen allerdings nicht weit genug, um die Ursachen zu bekämpfen, sie reagieren lediglich auf Symptome.

## FAZIT

Quantitative Erhebungen sind nur Mittel zum Zweck, sie sind ein Anfang und ein Zeichen für wachsendes Interesse. Sie machen politische Strategien überprüfbar und können ein Mittel sein, das Anreize für mehr Engagement, öffentliche Aufmerksamkeit und eine bessere Finanzierung von sozial- und wohnungspolitischen Maßnahmen schafft. Dabei dürfen die Menschen, die von Wohnungs- und Obdachlosigkeit betroffen sind, nicht zu Nummern werden, denn es geht immer auch um das Leben und die Hoffnungen von einzelnen Menschen, denen etwas Essenzielles – nämlich ein fester Ort zum Wohnen – fehlt. Gleichzeitig ist die Aktion der «Nacht der Solidarität» in den großen Kontext von Wohnungsnot und -krise einzuordnen.

Die «Nacht der Solidarität» kann die Grundlage sein für weitere Schritte in Richtung einer stärker bedürfnisorientierten Sozial- und Wohnungspolitik in Berlin. Über die umfangreiche Einbeziehung von Zivilgesellschaft bei der Zählung

lenkt man zudem die Aufmerksamkeit auf ein Problem, das sonst eher nur in Fachkreisen debattiert wird. Eine weitere Herausforderung besteht darin, Obdachlose endlich als Subjekte wahrzunehmen und nicht mehr länger über sie, sondern mit ihnen zu sprechen. Auch hier könnte die umfassende Befragung am 29. Januar einen wichtigen Auftakt bilden. Es braucht insgesamt mehr Fantasie und Offenheit bei der Suche nach sozialpolitischen Ideen und Lösungsstrategien. Wünschenswert wäre zudem ein ganzheitlicher Ansatz, der sich nicht auf klassische Sozialpolitik beschränkt. Wir sind gespannt, wie die Debatte nach der «Nacht der Solidarität» weitergehen wird.

Eva Gertz studiert Politikwissenschaft an der Universität Kassel, setzt sich mit Fragen einer gerechteren Stadtentwicklung und deren demokratischer Organisation auseinander und arbeitet aktuell im Bereich der Stadt- und Wohnungspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

<sup>1</sup> Vgl. Heeg, Susanne/Rosol, Marit: Neoliberale Stadtpolitik im globalen Kontext. Ein Überblick, in: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaften 37, 2007, S. 491–510; Schipper, Sebastian: Genealogie und Gegenwart der unternehmerischen Stadt. Neoliberales Regieren in Frankfurt am Main, 1960–2010, Münster 2013 sowie Metzger, Joscha/Schipper, Sebastian: Postneoliberale Strategien für bezahlbaren Wohnraum? Aktuelle wohnungspolitische Ansätze in Frankfurt am Main und Hamburg, in: Schönig, Barbara/Kadi, Justin/Schipper, Sebastian (Hrsg.): Wohnraum für alle?! Perspektiven auf Planung, Politik und Architektur, Bielefeld 2017, S. 181–212. <sup>2</sup> Vgl. Vollmer, Lisa: Mieter\_innenbewegungen in Berlin und New York, Wiesbaden 2017, S. 46. <sup>3</sup> Vgl. Abbé-Pierre-Foundation/FEANTSA: Third Overview of Housing Exclusion in Europe. Country Profile Deutschland, Paris/Brüssel 2018, unter: [www.feantsa.org/download/deutschland6457511436966820759.pdf](http://www.feantsa.org/download/deutschland6457511436966820759.pdf); sowie Bachner, Frank: Immer mehr Frauen und Familien in Berlin obdachlos, in: Der Tagesspiegel, 7.1.2018, unter: [www.tagesspiegel.de/berlin/behoerden-und-hilfsorganisationen-zunehmend-ueberfordert-immer-mehr-frauen-und-familien-in-berlin-obdachlos/20819680.html](http://www.tagesspiegel.de/berlin/behoerden-und-hilfsorganisationen-zunehmend-ueberfordert-immer-mehr-frauen-und-familien-in-berlin-obdachlos/20819680.html). <sup>4</sup> Vgl. auch Gerull, Susanne: Evictions Due to Rent Arrears. A Comparative Analysis of Evictions in 14 Countries, in: European Journal of Homelessness 2/2014, S. 137–155. <sup>5</sup> Vgl. Busch-Geertsema, Volker: Wohnungslosigkeit in Deutschland aus europäischer Perspektive, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 25/26, 18.6.2018, S. 15. <sup>6</sup> FEANTSA: ETHOS – European Typology on Homelessness and Housing Exclusion, 2005, unter: [www.feantsa.org/en/toolkit/2005/04/01/ethos-typology-on-homelessness-and-housing-exclusion](http://www.feantsa.org/en/toolkit/2005/04/01/ethos-typology-on-homelessness-and-housing-exclusion). <sup>7</sup> Vgl. Bill, Edgar u. a.: Measurement of Homelessness at European Union Level, Brüssel 2007. <sup>8</sup> Vgl. Vollmer: Mieter\_innenbewegungen, S. 144. <sup>9</sup> Siehe auch <https://housingfirst-berlin.de>. <sup>10</sup> Vgl. die Pressemeldung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. vom 11.11.2019, unter: [www.bagw.de/media/doc/PRM\\_2019\\_11\\_11\\_Schaetzung\\_Datasheet.pdf](http://www.bagw.de/media/doc/PRM_2019_11_11_Schaetzung_Datasheet.pdf). <sup>11</sup> Dies ist eine Forderung, die zum Beispiel von Organisationen wie «Picture the Homeless» oder dem «Bündnis Zwangsräumungen verhindern» in Berlin erhoben wird. <sup>12</sup> Vgl. Vollmer: Mieter\_innenbewegungen, S. 145. <sup>13</sup> Vgl. Hasse, Jürgen: Was bedeutet es, zu wohnen?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 25/26, 18.6.2018, S. 5. <sup>14</sup> Vgl. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen: Wohnraumbedarfsbericht Berlin. Endbericht 2019, Berlin 2019.

---

## IMPRESSUM

STANDPUNKTE 2/2020 erscheint online und wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
V.i.S.d.P.: Henning Heine  
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)  
ISSN 1867-3171  
Redaktionsschluss: Januar 2020  
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin  
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation